



Christian Spieß

„**B**ILD, BamS und Glotze.“ Mehr benötige er zum Regieren nicht, hat Altkanzler Gerhard Schröder in einem berühmt gewordenen Bonmot behauptet. Was er wohl meinte: Prozesse der politischen Meinungs- und Willensbildung finden keineswegs nur in rationalen Diskursen statt, die der Richtigkeit und Wahrhaftigkeit,

der allgemeinen Beteiligung und der demokratischen Gleichheit verpflichtet sind, sondern auch in auf Aufmerksamkeitswerte fixierten, von Machtasymmetrien geprägten und mitunter erratisch verlaufenden öffentlichen Hypes, die wiederum von den Massenmedien bestimmt werden. Im Hintergrund standen einst unterschiedliche Begriffe der Öffentlichkeit: ein „normativ gehaltvoller“ Begriff der Öffentlichkeit, in dem jene offenen, allseitig zugänglichen, dem deliberativen Vernunftgebrauch verpflichteten Diskurse aller strukturellen Vermachtung zum Trotz noch irgendwie vorstellbar waren; und ein „normativ entkerntes“ Verständnis einer Öffentlichkeit, die als Spiegel der Gesellschaft, bzw. einer öffentlichen Meinung, die als Spiegel der Politik fungiert, wobei (massen)mediale Dynamiken – bestimmt durch Konfliktwert, Prominenzwert, Neuigkeitswert – dominieren. Mit den Debatten über Postdemokratie und radikale Demokratie, Populismus und postfaktische Politik sind inzwischen weitere Analysevor schläge hinzugekommen, in denen aber die Bedeutung der verschiedenen Medien in der Regel noch weitaus höher veranschlagt wird.

Der Bundestagswahlkampf 2021 ist ein erneuter Beleg für den hohen Stellenwert der Sozialen Medien für politische Debatten. Facebook stellt, was

## Soziale Medien: Ethik und Politik

Marktanteile und Informationsvermittlung im Bereich (politischer) Nachrichten angeht, die wichtigste Plattform dar: Rund ein Drittel der Nutzenden bezieht seine Nachrichteninformationen über Facebook, zwar mit abnehmender Tendenz, aber andere Dienste rücken dafür auf. Vor allem rechtspopulistische Akteure bespielen diesen Bereich der Sozialen Medien erfolgreich; legendär war der Facebookauftritt des österreichischen FPÖ-Vorsitzenden und Vizekanzlers H. C. Strache, in Deutschland haben die Facebook-Auftritte der AfD die größte Anziehungskraft und auch das größte Interaktionsvolumen, sie können also Nutzende am besten zur aktiven Kommunikation motivieren. *Tanja Evers* geht diesem Phänomen im Einzelnen nach und untersucht die Sozialen Medien als Spielwiese der Rechtspopulisten. Für eine ethische Perspektive auf politische Diskurse im Netz wählt *Caja Thimm* einen grundsätzlichen Zugang und untersucht, ob die digitale Gesellschaft mit einer neuen digitalen Werteordnung verknüpft ist. Eine juristische Perspektive nimmt *Tobias Gostomzyk* ein, der sich in seinem Beitrag damit beschäftigt, wie Hassrede reguliert werden kann und ob das mehr Nutzen als Schaden bringt. Mit den Effekten der „digitalen Transformation“ bzw. des „digitalen Epochenbruchs“ für eine Erneuerung der christlichen Sozialethik schließlich befasst sich *Ulrich Hemel*. Er wählt einerseits einen durchaus stark an der Tradition der katholischen Soziallehre orientierten Zugang, skizziert

andererseits die Möglichkeit einer „Renaissance der christlichen Sozialethik“ aus einer „Ethik der Digitalität“.

In einem Kinderbuch erklärte Marietta Slomka vor ein paar Jahren ihren jungen Leser\*innen, warum Bundeskanzler manchmal Gummistiefel tragen müssen („Kanzler lieben Gummistiefel. So funktioniert Politik“). Sie beschreibt darin die Verschränkung der sachlichen Ebene der Politik mit durch mediale Vermittlung hervorgerufenen Wirkungen. Der Besuch Gerhard Schröders, der eben um die Bedeutung von „Bild, BamS und Glotze“ wusste und 2002 in Gummistiefeln (und mit ernstem Blick!) das Hochwasser in Sachsen inspizierte, wurde fast ikonisch und dürfte auch in diesem Sommer wieder vielen ins Gedächtnis gekommen sein. Es ist ein markantes Beispiel für eine erfolgreiche, dabei nicht unredliche mediale Inszenierung politischer Verantwortlichkeit, die über Jahre hinweg in Erinnerung bleibt. In Erinnerung bleiben uns auch die Opfer der Flutkatastrophen dieses Sommers, die verlorenen Menschenleben, aber auch die vernichteten Lebensgrundlagen und die zerstörten materiellen Werte. Es ist deutlich geworden, dass die soziale Frage immer mehr mit der gewaltigen Herausforderung der Bewältigung der Klimakatastrophe verschmilzt, dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität noch mehr mit einer umfassenden Konzeption ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit verbunden werden müssen.